

Peter Zimmermann

### Rhetorik des Terrors und mediale Wahnwelten

2011

<https://doi.org/10.25969/mediarep/2390>

Veröffentlichungsversion / published version  
Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zimmermann, Peter: Rhetorik des Terrors und mediale Wahnwelten. In: *AugenBlick. Marburger Hefte zur Medienwissenschaft*. Heft 48/49: Leiden, Trauma, Folter: Bildkulturen des Irak-Kriegs (2011), S. 115–132. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/2390>.

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

## Rhetorik des Terrors und mediale Wahnwelten

«Standard Operating Procedure» – so heißen in den USA nicht nur die Arbeitsanweisungen in betriebswirtschaftlichen Handbüchern, sondern auch in denen des Militärs. Und so heißt auch der Dokumentarfilm, in dem der Filmemacher Errol Morris im Jahre 2006 anhand der Fotos von Abu Ghraib die standardisierten Folterpraktiken anprangert, die nach dem Anschlag vom 11. September 2001 von der Bush-Administration ins Repertoire der legitimen Verhörmethoden aufgenommen worden sind. Den Verstoß gegen die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen, die Folter strikt verbietet, versuchte die Bush-Regierung dadurch zu vertuschen, dass man diese zu «feindlichen Kämpfern» im «Krieg gegen den Terror» erklärte. Für «Terroristen» aber gilt die Konvention deren Ansicht nach nicht. Für die Kriegsgefangenen im «War on Terror» wurden damit nicht nur die Genfer Konvention sondern auch die Menschenrechte außer Kraft gesetzt.

In den berüchtigten Gefangenenlagern von Guantanamo auf Kuba, Abu Ghraib im Irak, Bagram in Afghanistan und vielen anderen werden Gefangene bis heute unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten und misshandelt. Das belegen eine Fülle journalistischer Publikationen und Dokumentarfilme. So rekonstruierte der amerikanische Filmemacher Alex Gibney in seinem Dokumentarfilm *TAXI TO THE DARK SIDE* (2007) mit investigativen Recherchen beispielhaft den Tod eines afghanischen Taxifahrers, der zu Unrecht als Terrorist inhaftiert und in Bagram allen Anzeichen nach an den Folgen der Folter gestorben ist. Die Internetplattform WikiLeaks veröffentlichte im Jahre 2010 mit den *Iraq War Diaries* und den *Afghan War Diaries* tausende von geheimen Dokumenten der US-Armee, die die anhaltende Brutalität der amerikanischen Kriegführung in Afghanistan und Irak offenbarten und zum weltweiten Skandal machten. Amnesty International weist im Jahresbericht 2010 darauf hin, dass auch unter Präsident Obama trotz Verbots der Folter Verstöße gegen die Menschenrechte und Misshandlung von Kriegsgefangenen in den Gefangenenlagern in Guantanamo, Irak und Afghanistan an der Tagesordnung sind.<sup>1</sup>

Die Rhetorik vom «Krieg gegen den Terror» und vom «Kreuzzug für Freiheit und Demokratie» gegen die «Achse des Bösen», mit dem die amerikanische Regierung den Krieg der «Koalition der Gutwilligen» gegen die «Schurkenstaaten» Afghanistan und Irak begründete, diente der juristischen und politischen Rechtfertigung von Präventivkriegen sowie der Einschränkung demokratischer Rechte im eigenen Land

1 Vgl. <http://wikileaks.org>, [www.amnesty.de/amnesty-international-report-2010](http://www.amnesty.de/amnesty-international-report-2010) (21.10.10).

durch den «Patriot Act»<sup>2</sup> und das «Department of Homeland Security», einem gigantischen Überwachungsapparat zur Terrorismusbekämpfung. Die Nato rief unmittelbar nach dem Anschlag, der als «bewaffneter Angriff» auf einen Verbündeten gewertet wurde, den Bündnisfall aus und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete auf Antrag der USA eine Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Nachdem Präsident Bush allen Staaten mit militärischen Sanktionen gedroht hatte, die Terroristen unterstützen, begannen die USA und Großbritannien im Oktober 2001 mit Luftangriffen auf Afghanistan, da die dort herrschenden Taliban der Al Qaida und Osama Bin Laden Zuflucht gewährten.

Der Einsatz der «Operation Enduring Freedom» und einer «International Security Assistance Force» (ISAF) unter Beteiligung Deutschlands wird hierzulande gern als «Friedensmission» deklariert. Dass es sich dabei um einen scheinheiligen Euphemismus handelt, dämmert seit dem Tod vieler deutscher Soldaten und dem Bombardement eines Tankklusters in Kundus, dem über hundert afghanische Zivilisten zum Opfer fielen, selbst deutschen Politikern. Jedenfalls ließen sich die zivilen Opfer nicht länger als «Kollateralschäden» abtun und der Krieg nicht länger nach dem Vorbild von Orwells «Neusprech» als Frieden deklarieren. In Deutschland – nach den USA einer der größten Rüstungsproduzenten – wird auch der Bevölkerung allmählich klar, dass sich die deutschen Soldaten in ihren weltweiten «Friedensmissionen» tatsächlich im Kriegseinsatz befinden.<sup>3</sup> Seither beklagen die deutschen Medien vor allem «unsere» gefallenen Soldaten: «Sieben tote Deutsche innerhalb von nur zwei Wochen, so viele wie im Jahr 2009, das heißt, der Einsatz wird immer gefährlicher. Ist er überhaupt noch zu verantworten?» So fragte die Journalistin Anne Will in einer Talkshow der ARD zum Afghanistan Krieg. Und Hermann L. Gremliza konterte in der Zeitschrift *konkret* vom Mai 2010: «Von den Menschen, die ein deutscher Oberst 2009 hat totbomben lassen, sieht Frau Will in ihrer deutschen Trauer ab. Was sind schon lächerliche 137 afghanische Zivilisten gegen sieben uniformierte Deutsche? Weshalb der General-Bundesanwalt die Ermittlungen gegen den Täter pflichtgemäß eingestellt hat».<sup>4</sup>

2 Der «Patriot Act», der 2001 von der Bush-Regierung etabliert und von Präsident Obama 2010 verlängert wurde, erlaubt u.a. die Inhaftierung von Terror-Verdächtigen auf unbegrenzte Zeit ohne Gerichtsverfahren und erweitert das Repertoire staatlicher Überwachungsmethoden. Auch das Department of Homeland Security ist nach wie vor mit der Überwachung der Bevölkerung beauftragt.

3 Vgl. Marc Thörner: *Der Afghanistan-Code. Reportagen über Krieg, Fundamentalismus und Demokratie*. Hamburg 2010; Benjamin Zimmermann: Bild dir dein Afghanistan! Über die euphemistische Rhetorik mit der Politiker und Medien den Krieg schön reden. In: *Krass. Magazin der Grünen Jugend NRW* 3, 2010.

4 Zitiert nach: Jan Süselbeck: Bilder, die das Sehen verhindern. In: *www.literaturkritik.de* 7, 2010.

### «Frames of War»

Damit ist ein ideologisches Syndrom bezeichnet, das die amerikanische Philosophin Judith Butler in ihrem neuesten Buch thematisiert: *Frames of War. When is Life Grievable?* (2009) Die parteiiche Perspektivierung des Kriegsgeschehens sowie die mediale Konstruktion von Feindbildern und das Denken in Freund-Feind-Schemata – einige der wichtigsten Funktionen des «embedded journalism» – dienen laut Butler der Entmenschlichung «des Feindes» und machen ihn zum Objekt, dessen Unterwerfung oder Vernichtung niemand zu bedauern braucht, weil es das Ziel der militärischen Operation ist. Das ist der diskursive und pragmatische «Rahmen» der die Kriegsberichterstattung in die staatlich erwünschte Richtung lenken soll, ohne dass diese als gezielte Propaganda kenntlich wird:

«The operation of the frame, where state power exercises its forcible dramaturgy (...) can be approached only by thematizing the delimiting function itself, thereby exposing the forcible dramaturgy of the state in collaboration with those who deliver the visual news of the war by complying with the permissible perspectives».<sup>5</sup>

Weit stärker als die europäischen haben sich die US-amerikanischen Medien – allen voran die Fernsehsender mit ihrem kriegerischen Flaggschiff Fox-News – im Afghanistan- und Irak-Krieg in diesen von Regierung, Ministerien, Pentagon und Geheimdiensten gesetzten Rahmen einspannen lassen. Deren Kriegpropaganda bedient sich lange eingeschliffener rhetorischer Muster, Figuren und Schlagwörter. Eines der problematischsten ist die paradoxe Formel, die den von den USA initiierten Kriegen den Namen gegeben hat: Angesichts des «Krieges gegen den Terror» stellt sich die Frage, ob nicht die unter diesem Label geführten Kriege weitaus terroristischer sind als die diversen Terroranschläge, für die sie Vergeltung üben oder die sie verhindern sollen, bevor sie geschehen könnten.<sup>6</sup> Zu den erfolgreichsten Dokumentarfilmen, die sich diese Frage gestellt und die Kriegspropaganda der Bush-Regierung und der Medien kritisch durchleuchtet haben, gehören Robert Greenwalds *OUTFOXED: RUPERT MURDOCHS WAR ON JOURNALISM* (2004) und Michael Moores *FAHRENHEIT 9/11* (2004), der schon im Titel auf die Brandstifter verweist, die den Anschlag auf das World Trade Center zur Volksverhetzung im Interesse ihrer Kriegspropaganda missbrauchen. Anders als bei den Bücherverbrennungen in dem Film *FAHRENHEIT 451* bezeichnet er laut Moore «the temperature where freedom burns». Wenn Kriegsrhetorik dieser Art trotzdem im beabsichtigten Sinne funktioniert, dann deshalb, weil Schlagwörter wie «Terror», «Terrorismus» und «Terrorist» stigmatisierende Funktion haben, mit der vermeintliche Feinde der eigenen Gesellschaft sowie feindliche Aktivitäten und Bedrohungen gekennzeichnet werden.

5 Judith Butler: *Frames of War*. New York, London 2009, S. 73.

6 In diesem Sinne argumentiert Eric Hobsbawm in seinem Buch *Globalisierung, Demokratie und Terrorismus*. München 2009.

Der Terrorismus-Forschung ist eine international verbindliche Definition des Wortfeldes <Terror, Terrorismus, Terrorist> bislang ebenso wenig gelungen wie der UNO.<sup>7</sup> Von den ehemaligen westlichen Kolonialmächten und ihren Verbündeten wurden damit im Zuge des Dekolonisationsprozesses vielfach Widerstands- und Befreiungsbewegungen gekennzeichnet, die gegen die kolonialen Besatzungsmächte oder – wie etwa die Guerillagruppen in Lateinamerika – gegen die von den USA etablierten oder gestützten Diktaturen kämpften. Aber auch gewalttätige europäische Gruppen wie die irische IRA, die baskische ETA, die deutsche RAF und die italienischen Roten Brigaden wurden und werden in der Regel als <Terroristen> gebrandmarkt. Gleiches gilt für die 1964 gegründete und lange Zeit von Jassir Arafat geleitete Palestine Liberation Organisation (PLO), die die Weltöffentlichkeit mit Intifada, Flugzeugentführungen und internationalen Anschlägen auf die verzweifelte Lage der von den Israelis vertriebenen oder internierten Palästinenser aufmerksam gemacht hat. Sie gilt als Initiator eines international agierenden Terrorismus, der die eigenen politischen Ziele nicht nur mit regionalen, sondern auch mit weltweiten Anschlägen durchzusetzen versucht. Der israelisch-palästinensische Konflikt wurde zum Zentrum des seit Ende des Zweiten Weltkriegs akuten Nahost-Konflikts, in dem sich beide Seiten wechselseitig des Terrorismus bezichtigen. Was der einen Seite als Terrorbewegung erscheint, gilt der anderen als Befreiungsbewegung.

In dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern haben die westlichen Medien meist für Israel Partei ergriffen und insbesondere eine Reihe arabischer Staatsmänner, Staaten und Befreiungsbewegungen, die sich den westlichen Hegemonialbestrebungen widersetzen und die Palästinenser unterstützten, unter Terrorverdacht gestellt: Zu den bekanntesten gehören neben Arafat und der PLO sowie der algerischen Befreiungsbewegung FLN der ägyptische Staatschef Nasser, der 1956 den Suezkanal verstaatlichte und damit den Angriff von Israel, Frankreich und Großbritannien auf Ägypten provozierte, der libysche Revolutionsführer Gaddafi und der irakische Diktator Saddam Hussein. Im <Kalten Krieg> zwischen Ost und West war Israel fest im westlichen Lager verankert, während einzelne arabische Staaten, die Israel als westlichen <Brückenkopf> in Nahost bekämpften, zeitweise mit der Sowjetunion sympathisierten.<sup>8</sup>

7 Vgl. dazu Wilhelm Dietl et al.: *Das Terrorismus-Lexikon. Täter, Opfer, Hintergründe*. Frankfurt am Main 2006, S. 19; Johannes Dillinger: *Terrorismus*. Freiburg 2008, S. 9 f.

8 Vgl. Peter Zimmermann: Television als Fata Morgana. Die Nahost-Berichterstattung und die Spiegelungen des Antisemitismus-Syndroms. In: Jürgen Felix, Peter Zimmermann (Hrsg.): *Medien-Krieg. Zur Berichterstattung über die Golfkrise*. Augenblick. Marburger Hefte zur Medienwissenschaft (11). Marburg 1991.

## Koppelung von Terror und Islam

Ein neues Feindbild nahm aus westlicher Sicht seit 1979 mit dem Sieg der islamischen Revolution im Iran und dem Aufbau eines von Ayatollah Khomeiny geleiteten «Gottesstaates» auf der Grundlage der Scharia Gestalt an. Vertreter eines fundamentalistischen und militanten Islam kamen nach dem Sieg der Mujahedin über die sowjetische Besatzung in Afghanistan und der Eroberung der Macht durch die islamische Talibanbewegung im Jahre 1998 auch in Afghanistan an die Macht. Wie die geistliche Regierung des Iran zeichneten sich auch die Taliban durch eine streng islamische anti-westliche Haltung aus und unterstützten zudem international operierende fundamentalistische islamische Organisationen wie die Al Qaida unter Osama Bin Laden, die die Verantwortung für den Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 übernommen hat.

Mit dem Bilderschock dieses ebenso symbolträchtigen wie medienwirksamen Anschlags wurde das neue Schreckbild der westlichen Welt unter dem Label «islamistischer Terrorismus» von den Medien ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit eingebrannt: «Since September 11, 2001, the equation of «Muslim» with «terrorist» has lodged in the popular imagination in the United States. This conflation undermines the ability to distinguish between a few individuals who have committed or intended to commit acts of extrastate violence (terrorism) and the rest of the Muslim population, a population that consist of more than one billion people worldwide». <sup>9</sup> So konstatierte die amerikanische Politikwissenschaftlerin Liz Philipose in einem Artikel über «The Politics of Pain and the Uses of Torture», in dem sie die Gleichsetzung von Muslimen und Terroristen mit der rassistischen Diskriminierung von Schwarzen in den USA vergleicht.

Nach dem Ende des «Kalten Krieges» zwischen dem «freien Westen» und dem kommunistischen «Ostblock» wurde auf diese Weise ein neues Feindbild aufgebaut: Nunmehr wird der «freie Westen» gegen den «fundamentalistischen Islam», das «Abendland» gegen den «Orient» in Stellung gebracht. Popularisiert wurde diese neue politische und ideologische Strategie auch durch die These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel P. Huntington vom «clash of civilizations», dem «Kampf der Kulturen», der zufolge die weltweite Dominanz der westlich-abendländischen Politik und Kultur Europas und Nordamerikas vor allem von den islamisch geprägten Ländern, zunehmend aber auch von Indien und China immer stärker in Frage gestellt wird. <sup>10</sup> Ähnliche Positionen sind in differenzierter Form auch von dem deutsch-arabischen Sozialwissenschaftler Bassam Tibi vertreten und in Hinblick auf Europa spezifiziert worden. <sup>11</sup> Mit der Konfrontation von Orient und

9 Liz Philipose: The Politics of Pain and the Uses of Torture. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, vol. 32, no.4, 2007, p. 1047.

10 Vgl. Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of the World Order*. New York 1996.

11 Bassam Tibi: *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*. Hamburg 1998.



Abb. 1: Mohammed-Karikatur aus Jyllands Posten 2006

Karikaturen der dänischen Zeitung Jyllands Posten Empörung aus, die den Propheten u. a. mit einer Bombe als Turban zeigen, an der bereits die Lunte brennt.

Die imaginären Weltbilder, die damit heraufbeschworen werden, ähneln Wahnwelten, die nach den Denkmustern des Militärs und der Geheimdienste konstruiert sind und den hegemonialen Interessen der westlichen Industriestaaten dienen. Sie bewirken zunächst einmal die Verunsicherung der Bevölkerung, der dann mit dem Ausbau staatlicher Überwachung im Innern und Präventivkriegen gegen vermeintliche «Schurkenstaaten» neue Sicherheitslösungen präsentiert werden, die den damit einhergehenden Abbau demokratischer Rechte legitimieren sollen. Medien, die solche Szenarien aufgreifen und verbreiten, dienen bewusst oder unbewusst der Popularisierung dieser staatlichen Strategien. Dazu sind sie schon deshalb prädisponiert, weil Terroranschläge einen überaus hohen Nachrichtenwert haben und auf das Medienecho hin kalkuliert sind. Schon ihre Ankündigung vermag aufgrund der weltweiten Medienpräsenz Angst und Schrecken zu verbreiten.

«Das Medium Fernsehen präsentiert sich auf diese Weise als eine Art Vakuum, das darauf wartet, gefüllt zu werden – ein leerer Raum voller laufender Kameras und eingeschalteter Mikrofone, der sich geradezu anbietet von Terroristen ausgenutzt und manipuliert zu werden. (...) Ganz eindeutig sind Terrorismus und Medien in einer

Abendland, Islam und Christentum wurden uralte Ängste aktiviert die bis in die Zeit der Türkenkriege, der Kreuzzüge und der islamischen Invasion Europas im frühen Mittelalter zurückreichen.

Auch antisemitische Propagandaklischees wurden in diesem Kontext reaktiviert. Allerdings dienen die Charakteristika der antijüdischen Karikatur wie Kippa, Haken-nase, Bart, stechender Blick und finstere Aussehen seit dem Ende der Nazi-Ära nicht mehr der Stigmatisierung der Juden, sondern der Araber und neuerdings auch der «Islamisten». In der islamischen Welt lösten im Jahre 2006 insbesondere die Mohammed-

symbiotischen inneren Beziehung miteinander verknüpft, jeder von beiden ernährt den anderen und beutet ihn gleichzeitig für seine Zwecke aus».<sup>12</sup>

So schreibt der Terrorismus-Experte Bruce Hoffman in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, betont aber auch, dass die westlichen Medien mit wenigen Ausnahmen kritisch über Terroranschläge berichten.

Unterbelichtet bleibt dabei die Rolle, die staatliche und gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen in dieser «symbiotischen inneren Beziehung» spielen. In seiner Studie *Der Begriff des Terrorismus in deutschen Printmedien* (2004) betont Torsten Beermann gerade diesen Aspekt:

«Journalisten stehen bei der Berichterstattung häufig unter Zeitdruck und berichten zudem über Themen, von denen sie in vielen Fällen kein Expertenwissen besitzen. (...) Je weniger Zeit Journalisten zur Verfügung haben (...) desto stärker ist die Tendenz zu beobachten, bei der Wortwahl auf externe Quellen zurückzugreifen. Hauptsächlich sind dies Pressemitteilungen, Berichte von Nachrichtenagenturen, Artikel aus Zeitungen und dem Internet sowie Stellungnahmen von Experten. Bei der Berichterstattung über politische Gewalt bzw. ‹Terrorismus› (...) greift ein großer Teil der Journalisten vermutlich hauptsächlich auf die Wortwahl von Wissenschaftlern, beispielsweise Terrorismusforschern, Sozial- und Politikwissenschaftlern, sowie jene der zuständigen Behörden, beispielsweise der Bundesregierung, Polizei oder Geheimdienste, zurück».<sup>13</sup>

Hinzu kommt, dass viele der wissenschaftlichen Experten zum Thema Terrorismus und Islam eng mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten. Der Verfasser des Buches *Der nahe und der ferne Feind. Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus* (2005), Guido Steinberg, war mehrere Jahre als Terrorismus-Referent im Bundeskanzleramt tätig. Johannes Urbans von der Konrad-Adenauer und der Hans-Seidel-Stiftung finanzierte Studie «Die Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus» (2006) untersucht das angeblich terroristische Potential religiöser muslimischer Gruppierungen und erarbeitet «Empfehlungen zur Optimierung des Bekämpfungsansatzes». Rolf Tophoven, Leiter eines ‹Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik› in Essen und Mitherausgeber eines *Terrorismus-Lexikons* (2006), arbeitete zuvor und vermutlich auch noch jetzt mit dem Verfassungsschutz zusammen. Dazu heißt es in einem Artikel der *Tageszeitung* (taz):

«Doch in der Debatte rund um die Themen Islam und Islamismus spielt der Verfassungsschutz inzwischen eine mehr als dominante Rolle. Verwunderlich ist dies nicht, schließlich arbeiten in Deutschland heute mehr Islamwissenschaftler in den Nachrichtendiensten als in der Wissenschaft. Diese Militarisierung der Islamwissenschaft hat fatale Folgen. Denn viele Journalisten verzichten inzwischen gänzlich auf eigene Recherchen und beschränken sich darauf, als willige Lautsprecher der Dienste zu dienen. An die Stelle der kritischen Berichterstattung tritt die Kolportage».<sup>14</sup>

12 Bruce Hoffman: *Terrorismus – der unerklärte Krieg*. Bonn 2002, S. 182f.

13 Torsten Beermann: *Der Begriff Terrorismus in deutschen Printmedien*. Münster 2004, S. 121.

14 Eberhard Seidel: Blinder Staatsvertrauen. In: *Die Tageszeitung*, 12.7.2010.



### Bedrohungsszenarien der Geheimdienste und ihr «Presseecho»

Jedes Jahr gibt das Bundesministerium des Innern (BMI) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das der «Inlandsaufklärung» dient, gestützt auf die Ermittlungen der Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer einen Verfassungsschutzbericht heraus, in dem die Öffentlichkeit über deren Aktivitäten zum Schutz der «freiheitlich demokratischen Grundordnung» und der Sicherheit Deutschlands informiert wird. Der offiziell «Nachrichtendienst» genannte Geheimdienst hat «intensive Kontakte» zum Militärischen Abschirmdienst (MAD) und zum Bundesnachrichtendienst (BND), der für die «Auslandsaufklärung» zuständig ist, sowie zu den Geheimdiensten anderer Länder. Der Verfassungsschutzbericht 2009 ist ähnlich wie die Berichte der vergangenen Jahre in verschiedene Rubriken gegliedert, in denen über Straftaten ebenso berichtet wird wie über vom Verfassungsschutz observierte verdächtige Gruppierungen<sup>15</sup>:

- Zunächst werden auf 76 Seiten Aktivitäten des «Rechtsextremismus» mit 18.750 Straftaten mit dem Hinweis vorgestellt, die Zahl der Straftaten habe sich im Vergleich zum Jahr zuvor vermindert.
- Dann werden auf 59 Seiten 1.100 Gesetzesverstöße des «Linksextremismus» mit dem Hinweis aufgelistet, die Zahl habe sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Observiert werden auch Parteien wie «Die Linke» und die «DKP».
- An dritter Stelle folgt mit 55 Seiten die Rubrik «Islamismus und islamistischer Terrorismus». Da hier außer dem Prozess gegen die «Sauerland Gruppe» nur wenige Straftaten zu verzeichnen sind, wird die Gefährdung mit Internetdrohungen und der Existenz von 29 «islamistischen» Organisationen mit 36.270 Mitgliedern (2008: 34.720) begründet, «die zwar in Deutschland nicht terroristisch agieren, Gewalt aber als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele befürworten».<sup>16</sup> 29.000 gehören der türkischen Organisation Milli Görüs e. V. an, die auch im Islamrat, dem Dachverband deutscher Muslime, vertreten ist.<sup>17</sup>
- Darauf folgt mit 40 Seiten der «Ausländerextremismus» (ohne Islamismus) zu dem 44 linksextremistische (z.B. die kurdische PKK) oder nationalistische zu meist türkische Organisationen mit 24.710 Personen gerechnet werden, die von Deutschland aus Aktivitäten in ihren Heimatländern unterstützen.
- Die letzten Rubriken widmen sich der «Spionage» vornehmlich russischer und chinesischer Dienste und dabei insbesondere der Industrie und Wirtschaftsspionage sowie den Themen Geheimschutz, Sabotageschutz und Scientology.

Innenminister Thomas de Maizière und der Präsident des BfV, Heinz Fromm, stellten den Bericht am 21.6.2010 auf einer Pressekonferenz in Berlin vor. Dabei setzten

15 Der Verfassungsschutzbericht ist auf der Homepage [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de) veröffentlicht worden.

16 Verfassungsschutzbericht 2009, S. 186.

17 Ibid., S. 188.

sie einige deutliche Akzente, die im «Presseecho», ein Begriff, der in diesem Fall einen «Beigeschmack von Wahrheit» hat, Ausdruck gefunden hat. Pressenachrichten sind üblicherweise nach dem «Climax-First-Modell» strukturiert: Das Wichtigste kommt zuerst. Alles andere folgt dem Prinzip der abnehmenden Wichtigkeit. Zudem sind Tatsachen und Wertungen bzw. bloße Tatsachenbehauptungen streng voneinander zu trennen. Man darf also gespannt sein, wie die Presse ihren Lesern den Verfassungsschutzbericht präsentierte.

Einer der ersten Zeitungsberichte kam am gleichen Tag unter Berufung auf eine Meldung der Deutschen Presseagentur (dpa) von «Welt-Online», der Internet-Ausgabe der dem Springer-Verlag zugehörigen Zeitung «Die Welt».

*«Verfassungsschutz / 36.300 Islamisten sollen in Deutschland aktiv sein / Die Zahl der Islamisten in Deutschland steigt, ihre Propaganda wird schärfer. Ein Aussteigerprogramm soll gegensteuern.»*

Islamisten haben Deutschland weiterhin im Visier. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach von einer anhaltend und unvermindert hohen Gefahr durch den internationalen Terrorismus. Zur Bundestagswahl im September 2009 habe es eine «neue Qualität» der islamistischen Propaganda in Deutschland gegeben, sagte de Maizière bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2009 in Berlin. Der Minister kündigte ein Aussteigerprogramm für junge Islamisten an, das im Laufe des Sommers an den Start gehen soll. (...) Beim Thema Islamismus zählte der Verfassungsschutz seit dem Jahr 2000 sieben ernsthafte Anschlagversuche in Deutschland. Die Zahl der Islamisten in der Bundesrepublik wird gegenwärtig auf 36.270 geschätzt. Im Jahr 2008 waren es etwa 34.720. Darunter sind junge Deutsche, die zum Islam übergetreten sind. (...) De Maizière führt ihre Radikalisierung auch auf «Verlust- und Unsicherheitssituationen» in der Pubertät zurück. «Das Gefühl von Unterlegenheit ist sozusagen der Resonanzboden dafür», meinte der Minister. Die jungen Islamisten knüpften oft im Umfeld von Moscheen Kontakte zu charismatischen Erwachsenen aus der islamistischen Szene».<sup>18</sup>

Im Folgenden geht der Bericht vor allem auf den Linksextremismus und kurz auch auf den Rechtsextremismus und auf die Gefahren der Wirtschaftsspionage ein.

Als größte Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands werden in Schlagzeile und Vorspann 36.300 Islamisten und deren Propaganda benannt, die in Deutschland «aktiv» sein sollen, was immer das heißen mag. Dies obwohl 2009 nur wenige Straftaten vorliegen und seit dem Jahr 2000 lediglich 7 missglückte ernsthafte Anschlagversuche zu verzeichnen sind! Immerhin wird diese Tatsachenbehauptung des Verfassungsschutzes in der Schlagzeile noch im Konjunktiv wiedergegeben. Das

18 [www.welt.de/politik/deutschland/article8127836/36-300-Islamisten-sollen-in-Deutschland-aktiv-sein.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article8127836/36-300-Islamisten-sollen-in-Deutschland-aktiv-sein.html) (21.6.10).

ändert sich bereits im ersten Satz des Artikels der als ‹Anreißer› dient: ‹Islamisten haben Deutschland weiterhin im Visier›. Aus dem Konjunktiv ist ein Indikativ geworden, aus der Tatsachenbehauptung des Verfassungsschutzes eine Tatsache. Der Satz stammt fast wörtlich aus dem Verfassungsschutzbericht – ‹Deutschland liegt weiterhin im unmittelbaren Fokus islamistisch-terroristischer Gruppierungen›<sup>19</sup> – und ist den Journalisten auf der Pressekonferenz offensichtlich wie ein Köder präsentiert worden. Die deutsche Presseagentur (dpa), auf die sich der *Welt*-Artikel als Quelle stützt, hat ihn geschluckt und mittels Kriegsrhetorik noch einmal dramatisch zugespitzt: ‹Islamisten haben Deutschland weiterhin im Visier›. So heißt es im ersten Satz der dpa-Meldung.<sup>20</sup> Im Visier hat man den Feind, der angegriffen werden soll: Deutschland! Diese Metonymie, die alles und nichts bezeichnet, suggeriert den Lesern vor allem, dass ‹wir alle› potentielle Opfer der ‹Islamisten› sind. Sie brauchen nur noch abzudrücken. Eine maßlose und verantwortungslose Übertreibung und Dramatisierung, die aus dem Verfassungsschutzbericht über die Pressekonferenz und die dpa-Meldung direkt in die Presse gelangt ist und dazu dient, imaginäre Bedrohungsszenarien zu entwerfen.

Auch die Terminologie des Verfassungsschutzes, die Islamismus und Terrorismus umstandslos koppelt, wird von der Presse mittlerweile wie selbstverständlich ohne distanzierende Anführungsstriche übernommen. Aus 36.300 muslimischen Mitbürgern in 29 muslimischen Organisationen, die nicht gewalttätig geworden sind, werden auf diese Weise Verfassungsfeinde und ‹Islamisten›. Diesen Begriff verwenden Geheimdienste und staatliche Stellen spätestens seit dem Anschlag auf das World Trade Center zur Kennzeichnung terrorverdächtiger Muslime, während der Begriff ‹Islamismus› im Islam und in den Islamwissenschaften lediglich eine Vielzahl strenggläubiger muslimischer Bewegungen bezeichnet, von denen ein verschwindend geringer Teil gewalttätig ist.<sup>21</sup> Früher sprach man in Deutschland von ‹Muselman› oder ‹Mohammedaner›, heutzutage sagt man Moslem oder Muslim, wobei die strenggläubigen Richtungen auch als Fundamentalisten bezeichnet werden, während mit Ausdrücken wie ‹Islamist› oder ‹Djihadist› in der Sprache der Medien meist gewaltbereite Personen gekennzeichnet werden die den ‹Djihad› im Sinne des ‹Heiligen Krieges› befürworten.<sup>22</sup> In konnotativer Hinsicht bewegt sich der ‹Islamist› gemeinsam mit dem Terroristen, dem Kommunisten und dem Faschisten in einem verminten Wortfeld.

Schon in den folgenden Sätzen des Artikels werden denn auch die in Deutschland lebenden ‹Islamisten› kurzerhand mit dem ‹internationalen Terrorismus› und der ‹islamistischen Propaganda› in Verbindung gebracht. Mit der Ankündigung eines ‹Aussteigerprogramms› für junge ‹Islamisten› und der Benennung von zwei möglichen Ursachen der angeblichen Radikalisierung ist die Argumentationskette

19 Verfassungsschutzbericht 2009, S. 185.

20 dpa-Meldung, Montag, 21.6.2010, 10.59 Uhr /bdt 0175 3 pl 217 dpa 2089 / Pressestelle der dpa.

21 Vgl. Peter Heine: *Der Islam*. Düsseldorf 2007.

22 ‹Djihad› kann aber auch ernsthaftes Streben nach einem gottgefälligen Leben bedeuten.

geschlossen: Verunsicherung und Minderwertigkeitsgefühle treiben junge Muslime angeblich ins «Umfeld von Moscheen», wo sie von «charismatischen Erwachsenen aus der islamistischen Szene» radikalisiert werden. Ins Zentrum der Problematik geraten damit wörtlich wie metaphorisch die «Moschee» und ihr «Umfeld». Hier liegt offenbar eine der Wurzeln allen Übels und das Zentrum der «islamistischen Propaganda», durch die die jugendlichen Muslime verführt werden.

Das Wort «Propaganda» wird in Deutschland schon aus historischen Gründen vorzugsweise in Zusammenhang mit Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus verwendet. Jetzt kommt auch noch der Islamismus hinzu. Das deutsche Innenministerium und der Verfassungsschutz hingegen betreiben mit ihrem Verfassungsschutzberichten selbstverständlich keine Propaganda, sondern «Aufklärung». Im Dienste der «wehrhaften Demokratie» verlagert der Verfassungsschutz, wie es in dem Bericht einleitend heißt, seine Tätigkeit

«in den Bereich der Vorfeldaufklärung, d.h. der Staat reagiert nicht erst dann, wenn Extremisten gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Der Verfassungsschutz ist somit ein Frühwarnsystem der Demokratie».<sup>23</sup>

Sein Lebenselixier ist die präventive Verdächtigung und Bespitzelung potentieller Feinde. Die maßlos übertriebenen Bedrohungsszenarien, die dieses «Frühwarnsystem» entwirft, ähneln paranoiden Wahnwelten, wie sie Geheimdienste auf der Suche nach Staatsfeinden und «Netzwerken des Terrors» weltweit konstruieren. Man könnte sie ignorieren, wenn es ihnen nicht gelänge, diese propagandistisch auszuwerten und den Medien als Tatsachen zu verkaufen, die der «Aufklärung» über drohende Gefahren dienen. Joseph Goebbels war da ehrlicher: Er machte keinen Hehl daraus, dass er das «Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda» leitete.

Leider lassen sich die Medien durch die staatliche Meinungslenkung mittels Pressekonzferenzen, Verlautbarungen, vorformulierten Meldungen und anderen Public-Relation-Maßnahmen aus den bereits genannten Gründen allzu stark beeinflussen. Weite Teile der Presse haben die Einschätzungen und Terminologien des Verfassungsschutzberichts ähnlich kritiklos übernommen wie die «Welt-Online». Oft steht in den Berichten über die Präsentation des Verfassungsschutzberichts auf der Pressekonferenz die Gefahr des «islamistischen Terrorismus» an erster Stelle und wird mit ähnlichen Formeln wie in der «Welt-Online» auch in der Schlagzeile benannt. Vielfach übernahmen die Zeitungen dabei die von der dpa verbreiteten Formulierungen:

- «Deutschland weiter im Visier von Islamisten» («Zeit-Online» vom 21.6.2010)
- «Islamisten haben Deutschland weiter im Visier» (*Aachener Nachrichten* v. 22.6.)
- «36.000 radikale Muslime in Deutschland» (*Süddeutsche Zeitung* v. 22.6.)
- «36.300 Islamisten sollen in Deutschland aktiv sein» (*Berliner Morgenpost* v. 21.6.)
- «Strategie gegen Islamisten» (*Berliner Zeitung* v. 22.6.)

23 Verfassungsschutzbericht 2009, S. 10.

- «Die globalisierte Gefahr» (*Generalanzeiger*/Bonn v. 22.6.)
- Auch die Online Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* FAZ/NET vom 21.6. sah in «islamistischen Fundamentalisten» die «Hauptgefahr für das freiheitliche Gemeinwesen» titelte aber etwas vorsichtiger: «Bedrohlich, aber kaum zu spüren».
- Die *Süddeutsche Zeitung*, in der Heribert Prantl die Panikmache staatlicher Stellen und den Trend zum Überwachungsstaat seit langem kritisch kommentiert, ging dem Innenminister genauso auf den Leim wie andere seriöse Zeitungen. Ihre Korrespondentin Susanne Höll legte später sogar noch mit einem Portrait des Innenministers Thomas de Maizière nach, das ganz im Stile der Hofberichterstattung der PR-Abteilung des Ministers gehalten war.<sup>24</sup> Andere Zeitungen wie die *Frankfurter Rundschau* das *Hamburger Abendblatt* die *Aachener Zeitung* und die *Neue Zürcher Zeitung* wiesen in erster Linie auf den «Links- und Rechtsextremismus» hin.<sup>25</sup> *Die Welt* und die *Berliner Morgenpost* konzentrierten sich zudem auf die Themen Wirtschaftsspionage und «Linksextremismus».<sup>26</sup>

### Eine gewaltig aufgebauschte Statistik

Mit einiger Verspätung folgten immerhin in einigen wenigen Zeitungen kritische Einschätzungen des Verfassungsschutzberichts. Unter der Schlagzeile «Gewalt oder eine gewaltig aufgebauschte Statistik?» wies die *Stuttgarter Zeitung* darauf hin, dass die Verdoppelung linksextremer Gewalttaten, die der Verfassungsschutzbericht warnend konstatiert, zum großen Teil das Resultat einer einzigen nicht genehmigten Demonstration in der Innenstadt von Freiburg am 14.11.2009 war, in der 250 Strafverfahren gegen Demonstranten wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand gegen die Polizei und Landfriedensbruch eingeleitet worden waren. Obwohl der größte Teil der Verfahren eingestellt wurde, wurden sie in der Statistik des Baden-Württembergischen Verfassungsschutzes mitgezählt und gelangten von hier in den Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes. «Das Zahlenwerk registriert lediglich die formell erfassten Anzeigen der Polizei. Ob eine Verurteilung herauskommt oder ob das Verfahren eingestellt wird, bleibt unklar».<sup>27</sup> Angesichts dieser Praxis wird klar, dass es sich bei dem Verfassungsschutzbericht in der Tat um eine «gewaltig aufgebauschte Statistik» handelt; denn die registrierten Straftaten aus dem links- und rechtsextremistischen Spektrum bestehen im Wesentlichen aus der Teil-

24 Susanne Höll: 36.000 radikale Muslime in Deutschland. In : *Süddeutsche Zeitung* v. 22.6.2010; Susanne Höll: Nur die Nerven behalten. In *Süddeutsche Zeitung* vom 12.11.2010

25 Marie-Sophie Adeoso und Damir Fras: Verfassungsschutz besorgt über linksextreme Gewalt. In: *Frankfurter Rundschau*, 22.6.2010; Verfassungsschutz alarmiert über Gewalt von links. In: *Hamburger Abendblatt*, 22.6.2010; Die meisten Straftaten kommen von Rechtsextremisten. In: *Aachener Zeitung*, 22.6.2010; Linksextremistische Szene wächst. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 22.6.2010.

26 Martin Lutz: China und Russland spionieren in deutschen Firmen. In: *Die Welt*, 22.6.2010; Martin Lutz: Der graue Krieg im Netz. In: *Berliner Morgenpost*, 22.6.2010.

27 Heinz Seibold: Gewalt oder eine gewaltig aufgebauschte Statistik? Was steckt hinter der Behauptung vom starken Anstieg der linksextremen Gewalt? In: *Stuttgarter Zeitung* vom 29.6.2010.

nahme an nicht genehmigten Demonstrationen!

Unter der Schlagzeile «Blindes Staatsvertrauen» kritisierte *Die Tageszeitung* (taz) die verfälschende Berichterstattung weiter Teile der Presse über den Verfassungsschutzbericht und wies darauf hin, dass es sich bei der türkisch-islamischen Gesellschaft Milli-Görüs, die mit ihren 29.000 Mitgliedern laut Verfassungsschutz den Hauptteil der potentiellen «islamistischen Terroristen» in Deutschland ausmacht, um eine legale Organisation handelt, die sich zur Gewaltlosigkeit bekennt: «Verfassungsfeind! Wem dieses Label angehängt wird, der trägt so etwas wie ein gesellschaftliches Kainsmal. Tatsächlich

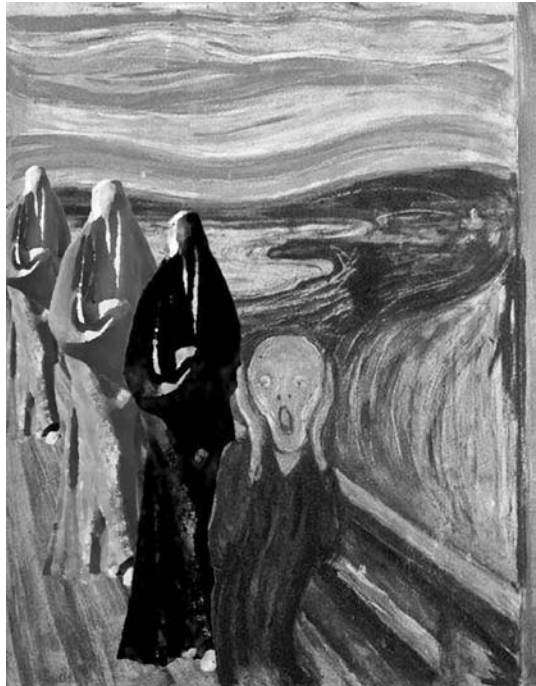


Abb. 2: Islamophobie

werden unbescholtenen Mitgliedern von Milli Görüs mit dem Verweis, ihr Verband werde im Verfassungsschutzbericht erwähnt, der Dialog und ein respektvoller Umgang manchmal auch Arbeitsplätze und vieles mehr versagt».<sup>28</sup>

Auf ähnliche Weise werden im Verfassungsschutzbericht in der Tradition des Antikommunismus und des «Kalten Krieges» Mitglieder der Partei «Die Linke», der «Deutschen Kommunistische Partei» (DKP) und der trotzkistischen «Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands» (MLDPD) als Verfassungsfeinde verdächtigt. Die Infiltrierung der Nationaldemokratischen Partei (NPD) und der Republikaner mit Spitzeln des Verfassungsschutzes, hat diesen in den Ruf gebracht, innerhalb dieser rechtsradikalen Organisationen als «agent provocateur» tätig zu sein, weil dessen Agenten maßgeblich an Planung und Durchführung illegaler Aktionen beteiligt waren.

Im Kampf gegen die «Islamisten» stellt der Verfassungsschutz jedoch nicht nur einzelne Organisationen und Parteien, sondern wie einst die katholische Kirche den Protestantismus gleich die fundamentalistische Auslegung einer ganzen Religion unter Generalverdacht:

28 Eberhard Seidel: Blindes Staatsvertrauen. In: *Die Tageszeitung*, 12.7.2010.

«Islamisten gehen davon aus, dass mit Koran und Scharia (islamisches Rechtssystem) eine alle Lebensbereiche regelnde göttliche Ordnung vorgegeben ist, die alle anders geprägten Ordnungssysteme ersetzen soll. In dieser ›islamischen Ordnung‹ könne jede Staatsgewalt ausschließlich von Gott und seinem im Koran offenbarten Willen, nicht aber vom Willen des Volkes abgeleitet werden. Demokratische Grundprinzipien wie die Volkssouveränität, das Mehrparteiensystem oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition sind hiermit unvereinbar».<sup>29</sup>

Wenn man den Begriff des ›Islamismus‹ so weit fasst, dürfte es unter Deutschlands 3,5 Millionen Muslimen allerdings weit mehr potentielle Terroristen geben als vom Verfassungsschutz vermutet. Diese Definition ist noch fragwürdiger als die Folgerungen, die aus der Observierung von ›islamistischen‹ Organisationen und Propagandaaktivitäten gezogen wird. Sie stellt eine ganze Religionsgemeinschaft unter Terrorismus-Verdacht.

### **›Islamophobie‹ und der Abbau demokratischer Rechte**

Nachdem der Verfassungsschutz sich lange Zeit auf die Überwachung des ›Rechts- und Linksextremismus‹ konzentriert hat, die seit langem keine ernsthafte Bedrohung der demokratischen Gesellschaftsordnung mehr darstellen, hat er mit dem ›Islamismus‹ und ›islamistischen Terrorismus‹ ein neues zeitgemäßes Feindbild entdeckt, mit dem er seinen seit den späten 1960er Jahren zur Bekämpfung des ›Linksextremismus‹ massiv ausgebauten Überwachungsapparat rechtfertigen kann. Er trägt daher schon im eigenen Interesse nach Kräften dazu bei, neue Bedrohungsszenarien zu entwerfen und zu popularisieren. Da in Deutschland seit den Aktionen der RAF keine spektakulären Terroranschläge mehr zu verzeichnen sind, wird die Gefährdung durch den internationalen Terrorismus u. a. mit im Internet verbreiteten «Audio- bzw. Videobotschaften mit Deutschlandbezügen» begründet in denen «aufgrund der deutschen Beteiligung an der ISAF-Mission in Afghanistan mit Anschlägen in Deutschland gedroht wurde».<sup>30</sup> Seit langem werden staatliche Geheimdienste damit beschäftigt, ›Netzwerke des Terrors‹ nicht nur aufzuspüren, sondern im Sinne von Verschwörungstheorien selber zu konstruieren, falls dies zum Ausbau des Überwachungsstaates oder wie im letzten Irak-Krieg zur Legitimation der militärischen Intervention westlicher Armeen erforderlich sein sollte. Die Medien werden in solchen Fällen mit gezielten Fehlinformationen ›gefüttert‹.

Mit der Bedrohung der ›westlichen Welt‹ durch den ›islamistischen Terrorismus‹ liegen die Geheimdienste voll im Trend, denn dies ist seit langem auch eines der Lieblingsthemen der westlichen Medien. In Deutschland hat diese Art der Berichterstattung ein Meinungsklima erzeugt, das die latente Ausländerfeindlichkeit, die sich wie eh und je vor allem gegen die hier lebenden Türken richtet, unter neuem Vorzeichen erneut anheizt. Der neue Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland,

29 [www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af\\_islamismus/zahlen\\_und\\_fakten\\_islamismus/zafais\\_1\\_islamistisches\\_personenpotenzial.html](http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_islamismus/zahlen_und_fakten_islamismus/zafais_1_islamistisches_personenpotenzial.html) (21.10.10).

30 Verfassungsschutzbericht 2009, S. 185.

Aiman Mazyek, beklagt denn auch die hierzulande weit verbreitete ‹Islamophobie›<sup>31</sup> – seit einem Jahrzehnt die populärste Spielart der Xenophobie, der Angst vor dem Fremden. Vor diesem Hintergrund lösen kulturelle Konventionen wie die Verschleierung vieler muslimischer Frauen, die früher eher gelassen toleriert worden sind, ähnlich wie der Bau von Moscheen und Minaretten plötzlich Konflikte aus, die in heftigen öffentlichen Aktionen und Debatten ausgetragen werden – u. a. von Frauenrechtlerinnen wie Alice Schwarzer (*Die große Verschleierung* 2010).<sup>32</sup> Der Erfolg und das ambivalente zwischen Kritik und Zustimmung schwankende Medienecho, das dem ausländerfeindlichen Buch des ehemaligen Bankers Thilo Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* (2010) zuteil geworden ist, verdankt sich diesem weit verbreiteten Resentiment. Endlich sagt mal einer, was die ‹schweigende Mehrheit› angeblich denkt. Statt Integration wird auf diese Weise Ausgrenzung betrieben. Die Medien haben in ihrer Ambivalenz zum Erfolg des Buches auch dort beigetragen, wo sie es kritisieren. Was normalerweise in der Fülle der Publikationen unbemerkt untergegangen wäre, bekommt auf diese Weise eine Brisanz, die auf den Grad der Verunsicherung und der Xenophobie verweist, die die Stimmung im Lande kennzeichnet.

In Deutschland hat dies zu einem politischen Klima geführt, in dem zur Abwehr vermeintlicher extremistischer und terroristischer Gefahren die Sicherheitsmaßnahmen und damit auch die staatliche Überwachung der Bürger zunehmend verstärkt wird, während zugleich demokratische Rechte wie etwa der Schutz der Privatsphäre immer weiter eingeschränkt werden. Dieser Prozess ist seit langem im Gange hat sich aber seit dem 11.9.2001 noch verschärft. Das vielfach preisgekrönte Video *DU BIST TERRORIST* (2009) von Alexander Lehmann, eine spöttische Replik auf die vom Bertelsmann-Konzern 2005 koordinierte Social Marketing Kampagne für ein positives Deutschlandbild ‹Du bist Deutschland›, hat die staatlichen Überwachungsmaßnahmen satirisch auf den Punkt gebracht. Illustriert mit Piktogrammen und unterlegt mit sanfter Musik erläutert eine freundliche Stimme aus dem Off:

«Erst kürzlich haben wir herausgefunden, dass in Deutschland 82 Millionen versteckter Terroristen wohnen. Deshalb überwachen und speichern wir ab jetzt für sechs Monate alle deine Aktivitäten: zum Beispiel wen du anrufst, wann du dein Handy benutzt und wo. Wann und wo du dich ins Internet einloggst und welche Seiten du besuchst. An wen du E-Mails schreibst und wieso. Und weil du Terrorist bist, darf das Bundeskriminalamt von nun an auch deinen Computer überwachen. Wir kennen deine Passwörter, schauen uns deine Urlaubsbilder an, verfolgen mit wem du chattest oder stöbern in deinen persönlichen Dokumenten. Wir können alle Daten von deinem Computer herunterladen, verändern oder ganz neue abspeichern. Wir hatten in Deutschland noch nie einen international geplanten Terroranschlag, aber

31 Aiman Mazyek – einfallsreicher Vorsitzender des Zentralrats der Muslime. In: *Süddeutsche Zeitung*, 21.9.2010.

32 Vgl. Peter Zimmermann: Schwert und Schleier des Islam. Interkulturelle Stereotype in Presse, Film und Fernsehen. In: Eberhard Czucka, Baher Elgohary, Eva Neuland (Hrsg.): *Interkulturelle Kommunikation. Perspektiven einer anwendungsorientierten Germanistik. Tagungsband der internationalen Fachkonferenz in Kairo 2009*. München 2011. (im Druck)



mit dir und den 82 Millionen neuen Terroristen müssen wir gut aufpassen, damit das auch so bleibt. Ein neuer Personalausweis der unter anderem Fingerabdrücke speichert, mehr Überwachungskameras und noch viele andere Überraschungen sind schon auf dem Weg zu dir. Denn du bist Terrorist». <sup>33</sup>

Der Politikwissenschaftler Stephan Büsching hat die sicherheitspolitischen Reaktionen der USA, Großbritanniens und Deutschlands auf den internationalen Terrorismus in den letzten zehn Jahren in seinem Buch *Rechtsstaat und Terrorismus* (2009) untersucht. Er kommt zu dem Schluss, dass auch Deutschland Gefahr läuft, sich vom Rechtsstaat zum «Präventions- und Exekutivstaat» zu entwickeln, wenn Bürgerrechte im Interesse einer Sicherheitspolitik eingeschränkt werden, durch die imaginäre terroristische Bedrohungen schon präventiv verhindert werden sollen. Den schleichenden Abbau demokratischer Rechte, der im letzten Jahrzehnt von staatlichen Stellen vor allem im Namen der Terrorismus-Bekämpfung betrieben worden ist, kommentiert und kritisiert auch Heribert Prantl, der das Ressort Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung leitet, in seinem Buch *Der Terrorist als Gesetzgeber. Wie man mit Angst Politik macht* (2008).

«Unter dem Vorwand, sich schützen zu wollen, wirft sich der Rechtsstaat dem Monster Terrorismus zum Fraß vor. (...) Wer nichts zu verbergen hat, der hat nichts zu befürchten: Das ist der erste Hauptsatz der inneren Sicherheit. Mit diesem Satz begründen Politiker in ganz Europa jede neue Maßnahme, jedes neue Gesetz. (...) Seit dem 11. September 2001 ist die Politik der westlichen Welt dabei, ihre Rechtsstaaten in Präventionsstaaten umzubauen». <sup>34</sup>

Die Medien lassen sich, wie auch das im Vorhergehenden analysierte Beispiel zeigt, immer häufiger von staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen instrumentalisieren. «netzwerk recherche», eine unabhängige Vereinigung kritischer Journalisten, warnt seit langem davor, dass der Journalismus in dem Maße zur Public Relation verkommt, wie er der Verbreitung offizieller Verlautbarungen und vorformulierter Presseinformationen der PR-Abteilungen von Staat, Politik, Wirtschaft usw. dient. <sup>35</sup> Dieser Prozess ist mit der Zeitungskrise, dem Abbau journalistischer Arbeitsplätze und der Kürzung redaktioneller Mittel in vollem Gange, da Journalisten immer weniger Zeit und Geld für eigene Recherchen haben und weitgehend auf vorformulierte Informationen der Nachrichtenagenturen und der PR-Branche angewiesen sind.

Auch Sprache und Rhetorik der Medien, die durchsetzt sind mit euphemistischen oder auch furchterregenden Worthülsen (von «Kernenergie» bis «Terror»)

33 [www.dubistterrorist.de](http://www.dubistterrorist.de) (21.10.10).

34 Heribert Prantl: *Der Terrorist als Gesetzgeber*. In: *NZZ Folio* 9, 2007. Vgl. auch: Heribert Prantl: *Der Terrorist als Gesetzgeber. Wie man mit Angst Politik macht*. München 2008; Ilja Trojanow, Julie Zeh: *Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*. München 2009.

35 Vgl. *netzwerk recherche* (Hrsg.): *Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland*. Hamburg 2006.

und interessegeleiteten Sachdarstellungen und Argumentationsmustern von PR-Agenturen und Lobbyisten, sollten nach Ansicht von «netzwerk recherche» (www.netzwerkrecherche.de) einer kritischen Prüfung unterzogen werden.<sup>36</sup> Die britische Nachrichtenagentur Reuters hat aus dem Missbrauch stigmatisierender Begriffe wie «Terror» und «Terrorist» die Konsequenz gezogen, auf diese wertenden Begriffe zugunsten einer sachlichen Beschreibung der jeweiligen Ereignisse zu verzichten, hat damit in westlichen Medien aber wenig Anklang gefunden.<sup>37</sup> Auch Torsten Beer- mann sieht in seiner Studie zum «Begriff «Terrorismus» in deutschen Printmedien» (2004) die einzige vernünftige Lösung darin, den

«Begriff Terrorismus ab sofort und komplett aus der journalistischen Sprache zu streichen, da es schier nicht möglich ist, ihn objektiv und unabhängig zu verwenden, sondern er ganz im Gegenteil interessierten Parteien Tür und Tor öffnet, die journal- listische Sprache zu manipulieren».<sup>38</sup>

Gleiches gilt für Formulierungen wie «islamistischer Terrorismus» und «Islamist», mit denen eine ganze Religionsgemeinschaft in die Nähe des Terrorismus gerückt wird. Die Rede von den «Netzwerken des internationalen islamistischen Terro- rismus», mit der die Geheimdienste und die Medien die «Islamophobie» schüren, ähnelt der Nazi-Propaganda von der «jüdischen Weltverschwörung», die der Dis- kriminierung der Juden diente. Gerade in Deutschland sollte man sich vor einer Rhetorik hüten, die mit stigmatisierenden Begriffen, Verdächtigungen und falschen Verallgemeinerungen der Konstruktion imaginärer Feindbilder und der Ausgren- zung «fremder» Glaubensgemeinschaften dient.

## Literatur

- Beer- mann, Torsten: *Der Begriff «Terrorismus» in deutschen Printmedien*. Münster 2004.  
 Butler, Judith: *Frames of War. When is Life Grievable?* New York, London 2009.  
 Dietl, Wilhelm, Kai Hirschmann, Rolf Tophoven: *Das Terrorismus-Lexikon. Täter, Opfer, Hinter- gründe*. Frankfurt am Main 2006.  
 Dillinger, Johannes: *Terrorismus*. Freiburg 2008.  
 Heine, Peter: *Der Islam*. Düsseldorf 2007.  
 Hobsbawm, Eric: *Globalisierung, Demokratie und Terrorismus*. München 2009.  
 Hoffman, Bruce: *Terrorismus – der unerklärte Krieg*. Bonn 2002.  
 Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of the World Order*. New York 1996.  
 Keen, Sam: *Gesichter des Bösen. Über die Entstehung unserer Feindbilder*. München 1993.  
 Klempner, Victor: *LTI. Notizbuch eines Philologen*. Berlin 1947. (LTI = Lingua Tertii Imperii).  
 netzwerk recherche (Hrsg.): *Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland*. Hamburg 2006.

36 Vgl. «Wachstumsbeschleunigungsgesetz». Wer Worthülsen erfindet und warum Journalisten sie nut- zen. In: *Fakten für Fiktionen. Wenn Experten die Wirklichkeit dran glauben lassen. Dokumentation der Jahreskonferenz netzwerk recherche e. V.* Hamburg 2010, S. 23.

37 Vgl. Beer- mann, S. 125.

38 *Ibid.*, S. 124.

Philipose, Liz: *The Politics of Pain and the Uses of Torture*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Vol. 32, Nr.4, 2007.

Prantl, Heribert: *Der Terrorist als Gesetzgeber*. In: *NZZ Folio* 9, 2007.

– : *Der Terrorist als Gesetzgeber. Wie man mit Angst Politik macht*. München 2008.

Schwarzer, Alice: *Die große Verschleierung*. Köln 2010.

Schweinitz, Jörg: *Film und Stereotyp*. Berlin 2006.

Süselbeck, Jan: *Bilder, die das Sehen verhindern*. In: [www.literaturkritik.de](http://www.literaturkritik.de) 7, 2010.

Thörner, Marc: *Afghanistan-Code. Reportagen über Krieg, Fundamentalismus und Demokratie*. Hamburg 2010.

Tibi, Bassam: *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*. Hamburg 1998.

Ilja Trojanow, Julie Zeh: *Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*. München 2009.

«Wachstumsbeschleunigungsgesetz». Wer Worthülsen erfindet und warum Journalisten sie nutzen. In: *Fakten für Fiktionen. Wenn Experten die Wirklichkeit dran glauben lassen. Dokumentation der Jahreskonferenz netzwerk recherche e. V.* Hamburg 2010.

Zimmermann, Benjamin: *Bild dir dein Afghanistan! Über die euphemistische Rhetorik mit der Politiker und Medien den Krieg schön reden*. In: *Krass. Magazin der Grünen Jugend NRW* 3/2010.

Zimmermann, Peter: *Television als Fata Morgana. Die Nahost-Berichterstattung und die Spiegelungen des Antisemitismus-Syndroms*. In: Jürgen Felix, Peter Zimmermann (Hrsg.): *Medien-Krieg. Zur Berichterstattung über die Golfkrise*. Augenblick. Marburger Hefte zur Medienwissenschaft (11). Marburg 1991.

– : *Schwert und Schleier des Islam. Interkulturelle Stereotype in Presse, Film und Fernsehen*. In: Eberhard Czucka, Baher Elgohary, Eva Neuland (Hrsg.): *Interkulturelle Kommunikation. Perspektiven einer anwendungsorientierten Germanistik. Tagungsband der internationalen Fachkonferenz in Kairo 2009*. München 2011 (im Druck).

[www.amnesty.de/amnesty-international-report-2010](http://www.amnesty.de/amnesty-international-report-2010) (19.10.10).

[www.dubistterrorist.de](http://www.dubistterrorist.de) (19.10.10).

[www.verfassungschutz.de](http://www.verfassungschutz.de) (19.10.10).

[www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht\\_2009/](http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2009/)

[www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af\\_islamismus/zahlen\\_und\\_fakten\\_islamismus/zafais\\_1\\_islamistisches\\_personenpotenzial.html](http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_islamismus/zahlen_und_fakten_islamismus/zafais_1_islamistisches_personenpotenzial.html) (21.10.10).

[www.welt.de/politik/deutschland/article8127836/36-300-Islamisten-sollen-in-Deutschland-aktiv-sein.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article8127836/36-300-Islamisten-sollen-in-Deutschland-aktiv-sein.html) (21.6.10).